

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

14. März 1957

67/A.B.  
zu 74/JAnfragebeantwortung

Mit Bezug auf die Anfrage der Abg. H a b e r l und Genossen, betreffend die Palten-Stahlindustrie in Rottenmann, hat Bundesminister für Finanzen Doktor K a m i t z mitgeteilt:

Das Bundesministerium für Finanzen bemüht sich seit Jahren, eine Sanierung der Palten-Stahlindustrie Gesellschaft m.b.H. durchzuführen. Diese Sanierung hat zwei Voraussetzungen:

- 1.) Kapitalzufuhr,
- 2.) Arbeitsbeschaffung bzw. kostendeckende Produktion.

Zur Erfüllung der ersten Voraussetzung wurden entgegen der sonst zu wahrenden grundsätzlichen Erwägungen, einem konkursgefährdeten Unternehmen nicht noch neue, dem Bund gehörige Mittel zuzuführen, bereits Mittel der ebenfalls in das Eigentum der Republik übergegangenen, in Österreich befindlichen Vermögensmassen der ehemaligen Muttergesellschaft der Palten-Stahlindustrie Gesellschaft m.b.H., nämlich der Verwertungsgesellschaft für Montanindustrie Gesellschaft m.b.H., Berlin, zur Aufstockung des Gesellschaftskapitals zur Verfügung gestellt. Zu diesem ausnahmsweisen Abgehen von grundsätzlichen Erwägungen hat sich das Bundesministerium für Finanzen gerade aus sozialpolitischen Erwägungen entschlossen, weil es klar war, daß ohne diese Mittel der Betrieb in Rottenmann in Konkurs hätte gehen müssen und alle Arbeitsplätze auf lange Sicht verloren gewesen wären. Die hiezu notwendigen rechtlichen Handlungen sind derzeit im Gange.

Zur zweiten Voraussetzung einer kostendeckenden Produktion sind die derzeit eingesetzten öffentlichen Verwalter ernstlich bemüht, neue Produktionszweige ausfindig zu machen bzw. die schon bestehende Produktion von landwirtschaftlichen Maschinen zu erhöhen. Es ist richtig, daß auch Pläne zum Anschluß des Betriebes an ein größeres Unternehmen diskutiert wurden, doch haben schon die einleitenden Besprechungen gezeigt, daß dies keine endgültige Sanierung des Unternehmens und damit keine endgültige Sicherung der Arbeitsplätze darstellen würde. So hatte z.B. die Hütte Liezen nur Interesse an einer mitten im Werk gelegenen großen Halle gezeigt, die Herausgabe dieser Werkshalle hätte jedoch eine Zerschlagung des Unternehmens und damit wieder eine Gefährdung der übrigen Arbeitsplätze bedeutet.

Ich beantworte die Anfrage daher zusammenfassend dahin, daß durch die eingeleitete Aufstockung des Gesellschaftskapitals und das Bemühen der öffentlichen Verwalter um kostendeckende Produktion alles versucht wurde, um das Unternehmen zu erhalten und die Arbeitsplätze zu sichern.

-.-.-.-.-